

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Siebener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Siegen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitungen“ erscheinen monatlich zweimal.

# Gießener Anzeiger

## General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Größtlichen  
Universitäts- und Buch- und Steindruckerei,  
N. Lange, Siegen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schul-  
straße 7. Expedition und Verlag: e. 51.  
Redaktion: e. 112. Tel.-Adr.: Anzeiger-Siegen.

### Mb. Deutscher Reichstag.

227. Sitzung. Mittwoch, den 4. März.

Am Tage des Vortages: v. Falkenhahn, Reichs-  
Präsident Dr. Raempp eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.  
Zunächst geht auf der Tagesordnung die Interpella-  
tion Dr. Spahn (Zentr.), betreffend den Zweikampf  
des Leutnants La Vallette Saint George mit dem  
Leutnant Haage.

Preussischer Kriegsminister von Falkenhahn erklärt:  
Die Interpellation wird im Laufe der nächsten Woche  
beantwortet werden.

### Abstimmungen.

Es folgen nun Abstimmungen über einige zurückgeleitete Posi-  
tionen aus bereits erledigten Etats.

Im Rarincetel werden zu Baurnthursarbeiten zum  
Bau einer Offizierspensionsanstalt in Orel 10 000 Mk.  
gefordert. Die Budgetkommission hat diese Forderung gestrichen.  
Die Streichung wird auch heute aufrecht er-  
halten. Für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage  
stimmen nur die Rechte, die Nationalliberalen und ein Teil der  
fortschrittlichen Volkspartei.

Dem Etat der Verwaltung der Reichseisen-  
bahnen waren einige Kapitel zurückgeleitet worden, die zu Vor-  
arbeiten und zur Darstellung eines dritten und vierten Gleises  
auf der Strecke Straßburg-Basel und für Vorarbeiten  
zur Erleichterung des Rieds und der Hart insgesamt 330 000 Mk.  
fordern. Ein Antrag Deller (Eis.) verlangte, zunächst den Bau  
der Ried- und Hartbahn in Angriff zu nehmen. Dieser Antrag  
wird heute zurückgezogen, und die Positionen werden bewilligt.

### Der Postetat.

(Dritter Tag.)

Abg. Diez (Zentr.):

Sehr erwünscht wäre die Einführung des 10-Minuten-Vortages  
nach der Schweiz. Die Klagen über Benachteiligung des kleinen  
Landes durch die geltende Fernsprechnetzordnung sind nur  
allzu berechtigt. In der Weichselwelt wird viel darüber geklagt,  
dass der Begriff „Druckerei“ von der Postverwaltung so sehr ein-  
geengt wird, Empfangsbescheinigungen müssen auch dann als  
Druckerei zugelassen werden, wenn sie den Betrag und das Datum  
der Zahlung enthalten. Die Motorpostlinien müssen  
weiter ausgebaut werden nach dem Muster der bayerischen Post-  
verwaltung. Dreiwertel aller Postlagerenden dienen  
Posten, die das Tageslicht zu sehen haben, Anzucht, Ebebruch,  
Diebstahl und Entwendung. Diesen Unständen muß mit allen  
Mitteln begegnet werden. Welche Mittel geeignet sind, das über-  
lassen wir der Verwaltung. Jedenfalls sollten postlagernde Briefe  
nur mit voller Adresse des Empfängers zugelassen werden. Wir  
sind sehr dankbar dafür, dass den Beamten das volle  
Petitionsrecht erhalten bleibt. (Sehr richtig! im Zentr.)

Sehr berechtigt ist aber der einstimmige Kommissionsbeschluss,  
dass Petitionen nur dann von uns berücksichtigt werden, wenn  
die vorgelegte Behörde vorher die darin enthaltenen Wünsche ab-  
gelehnt hat. Die Beamten sollen nicht gehindert werden, Ehren-  
ämter der Kommunalverwaltung zu übernehmen. Gegen solche  
Verhinderungen werden wir uns einmütig wehren. Die  
Postverwaltung baut häufig noch zu teuer. Vielfach hat sie sich  
bei ihren Bauten an lokale Unternehmer gewendet und damit  
extremste Preise erzielt. Für billige und gute Wohnungen der Unterbeamten zu sorgen, ist eine wichtige  
soziale Verpflichtung der Verwaltung. Auch die Gehaltsfragen  
sollten eine unfindbare Stellung erhalten. Die Postagenten  
werden zu gering bezahlt. Die Post ist im allgemeinen den An-  
forderungen, die an sie gestellt werden, nachgekommen; sie wird  
es noch mehr tun, wenn sie berechnete Wünsche erfüllt.

### Staatssekretär Kratke:

Wenn Bayern mehr Automobile im Postdienst verwendet als  
wir, so liegt das daran, dass die bayerische Post und Eisenbahn  
unter demselben Chef steht. Die Automobile müssen dort die  
Kleinbahnen vielfach ersetzen. Außerdem ist der Sommerverkehr  
dort viel größer als bei uns. Baden hat, wie Sachsen und Hessen,  
von der Regierung aus Automobile eingestellt und befördert die  
Postkassen gegen eine Vergütung. Sie kennt die Bedürfnisse der  
einzelnen Anstalten ganz genau, und deshalb ist dies ein ganz  
gesunder Weg. Für den Bau von Beamtenwohnungen in Groß-  
städten erhält das Reichsamt des Innern alljährlich eine bestimmte  
Summe, mit der es Wohnungsgesellschaften unterstützt. Dabei hat  
es 50 Millionen für diese Zwecke verwendet. Die Postverwaltung  
ist mit anderen Ämtern an der Verfügung über diese Gelder be-  
teiligt. Eine Verringerung der Druckkostenposten  
können wir nicht zulassen. Wir kommen bald dazu, dass wir  
überhaupt keine normalen Postkassen mehr haben. Wir können  
hier nicht weiter gehen, als wir bisher getan haben.

### Abg. Jäger (Natl.):

Die Streckenbauarbeiter der Postverwaltung bitten um an-  
gemessene und gesunde Unterkunftsräume oder eine entsprechende  
Zulage bei Arbeiten außerhalb ihres Wohnbereiches. Die Arbeiter-  
ausschüsse haben diese Wünsche der Verwaltung unterbreitet, sind  
aber abschlägig beschieden worden, während andere Reichsverwal-  
tungen ähnlichen Wünschen entgegengekommen sind. Die Tele-  
graphenarbeiter beschwerten sich, dass Postboten mit ihren Arbeiten  
betraut und ihnen vorgesetzt werden, obwohl sie keine Fachkennt-  
nisse besitzen. Sie bitten auch um Zulassung zur Meisterschaft. Ihre  
Wunsch, in das Beamtenverhältnis übergeführt zu werden, ist  
berechtigt. Für die Arbeiterausschüsse ist eine Ver-  
einfachung der Altersgrenze für das postliche Wahlrecht geboten. Das  
Verbot, sich untereinander zu verhandeln, muß für diese Aus-  
schüsse aufgehoben werden. Ein Reichsarbeiterausschuss würde  
uns erheblich weiterbringen. Die Ausschüsse sollten nicht von den  
direkten Vorgesetzten, sondern von Kollegen der Arbeiter selbst  
geleitet werden. Die Beteiligung an den Betriebskassenkonten  
ist noch immer recht gering. Das ist nicht zu verwundern, denn  
sie leisten absolut nicht mehr als die gewöhnlichen Orts- und  
Landkassenkonten. Sie sollten wenigstens eine beschränkte freie  
Kassenwahl einführen. Das Vertrauen zum Arzt ist die beste  
Arznei. Am besten wäre eine einheitliche Betriebs-  
krankenkasse für den ganzen Bereich der Postverwaltung.  
Der Staatssekretär möge vorgetragene Wünsche wohlwollendes  
Gehör geben.

### Abg. Hubrich (Vp.):

Durch die Ausschaltung der Beamtenfragen hat die Debatte  
einen ruhigen Charakter bekommen, wie seit Jahren nicht. Bei  
einer so ungeheuren Kaschiererei wird es immer einige Stockungen

geben, besonders da immer neue Betriebszweige angegliedert wer-  
den. So hat sich die Post zu dem größten und gewaltigsten Post-  
betrieb entwickelt. Da kann es nicht am Schnürcord gehen und es  
wird manche springhafte Entwicklung geben. Unsere Post steht  
noch immer an der Spitze aller Postverwaltungen der Welt. Das  
Scheitern der Fernsprechnetz-Modelle hat der  
Staatssekretär der Volkspartei zugeschoben. Wir haben  
gegen sie gesprochen und geturnt, aber gewiss nicht  
aus Mangel an Interesse für Verbesserungsbedürfnisse, wie  
der Staatssekretär meinte, sondern in Verteidigung des von  
diesem Entwurf arg bedrohten Verkehrsbedürfnisses der Städte,  
des Handels und der Industrie (Sehr richtig! links). Wir wollen  
gern dem platten Lande geben, was ihm gebührt, aber den Städten  
wenigstens das lassen, was sie bereits haben! (Sehr richtig! links).  
Der Staatssekretär hat seine Anlage an die falsche Adresse ge-  
richtet (Sehr richtig! links). Er sollte sich an die Post schla-  
gen und rufen: mea culpa! mea maxima culpa. (Sehr  
richtig! links.)

Der Vorwurf gegen uns ist auch einseitig, denn gegen die  
Vorlage hat die Mehrheit des Reichstags gestimmt. Ein neuer  
Gesetzentwurf möge dem platten Lande möglichst entgegenkommen,  
aber doch dem Verkehrsbedürfnis der Städte gerecht werden. Die  
Einschränkung der Briefbestellung in Berlin braucht nicht verlangt  
zu werden, sie erfolgt schon ohne unser Zutun. Die Erzeugung  
der Beamten über die Hälfte und nichtaktive Behandlung der  
Verwaltungsreform wird nicht so bald schwinden. Auf Belgien  
erhalten Offiziere die höchste Teuerungszulage, die Postbeamten  
aber nicht. Warum werden die Beamten der Ueberseesverwaltung  
schlechter gestellt als die der Reichsverwaltung? Notwendig ist  
eine Verbesserung der Rentenverhältnisse und der Postagenten.  
Die Beamten in den thüringischen Staaten leiden besonders unter  
ungünstigen Stenerverhältnissen.

Im Rang- und Titelmwesen bestehen noch manche  
Unzulänglichkeiten. Für den nächsten Unfallmeldebericht bei  
kleineren Postämtern sollte man eine Entschädigung gewähren.  
Kellere und fränkische Beamte sollten Anspruch auf Dienst-  
erleichterungen haben. Der Redner empfiehlt dann seine Re-  
sultation, die eine angemessene Verabschiedung des von  
den Unterbeamten geleisteten Leistungsweges an wöchent-  
lichen Dienstrufen und eine Erweiterung des Er-  
holungsurlaubes fordert. Beim Regierungsjubi-  
läum des Kaisers und in der Heer und Marine viele Dis-  
ziplinarstrafen auf den Gnadenwege erlassen worden. Bei der  
Post ist das nicht geschehen. Es hätte wahrscheinlich nur einer  
Anregung der Postverwaltung bedurft. (Sehr richtig! links).  
Der Kampf des Staatssekretärs gegen die Beamtenorgani-  
sationen ist längst zugunsten der Organisationen entschieden.  
Die höheren Postbeamten wollten einen Verein gründen  
und fragten beim Staatssekretär an. Dieser antwortete, er  
könne nicht einsehen, was das für einen Zweck haben sollte. An-  
schließend haben sich die Beamten nun geheim organisiert, denn  
für eine Petition haben sie nicht weniger als 2000 Unterschriften  
gesammelt. Die Mehrheit des Reichstags und besonders meine  
Freunde stehen hinter den Wünschen dieser Beamten. (Beifall  
links.)

### Abg. Dr. Haage (Elsässer):

In der Budgetkommission hat der Staatssekretär die Post-  
beamten von Javern gerade bejagt. Was hat die  
Untersuchung ergeben? Wir wissen nicht mehr wie früher. Der  
Postdirektor in Javern ist nun einer der wenigen eingeborenen  
Elsässer, die in höhere Stellen gekommen sind. Das macht fast  
den Eindruck, als ob man gerade ihn etwas anfechten wollte. Die  
vielen Tausend Sendungen an den Obersten v. Reuter waren  
eine ungeheure Wehrarbeit für die Postbeamten. Da können wohl  
auch mal unzulässige Sendungen durchschlüpfen. Die Vorwürfe  
gegen die Beamten waren ungerichtet. Der Staatssekretär  
hätte hier in Schutz nehmen sollen.

Wir verlangen klare Auskunft, ob der Postdirektor seine  
Pflicht getan hat? Solange wir sie nicht erhalten, müssen wir  
glauben, dass der Staatssekretär ihn scharfen Angriffen preis-  
gegeben hat. Mit den Veröffentlichungen französischer Zeitungen  
über die Ausnahmefälle hat die Post nichts zu tun, sondern  
höchstens die Bureauzungen der Ministerien. Elsassische  
Beamte werden zurückgeschickt und ausprobiert. Ein elssässischer  
Postassistent wurde nach Emden in Ostfriesland versetzt, weil er  
in einer Gesellschaft eine deutschfeindliche Lied gesungen haben  
sollte. Er bestritt dies aber ganz entschieden, und eine ganze  
Reihe von Zeugen bezeugt seine Unschuld. Elsass-Lothringen ist  
sozusagen auch ein Bundesstaat, es muß auch ein eigenes Post-  
gesetz haben.

### Staatssekretär Kratke:

Der Vortrager scheint bei den früheren Verhandlungen nicht  
anwesend gewesen zu sein, sonst würde er gehört haben, dass ich  
nur gesagt habe, es seien Versehen vorgekommen. Aus seinen  
Aussagen gehen hervor, als ob für unsere Beurteilung  
entscheidend gewesen sei, dass der Postdirektor Elsäßer sei. Das  
kann gar nicht sein. Wir haben Beamte aus ganz Deutschland,  
und es ist ganz gleichgültig, von woher sie kommen. Welche  
Sachen nicht ausgehandelt werden sollen, müssen die Postbeamten  
beurteilen. Ueber den Fall der Strafverfolgung eines elssässischen  
Beamten bin ich nicht unterrichtet.

### Abg. Roake (Vp.):

Nach dem Ausfall des Staatssekretärs gegen meinen Freund  
Zubeil scheint er alles als parlamentarischen Rißbrauch anzu-  
sehen, was keine Lobrede auf seine Verwaltung ist. Wir werden  
aber unsere Kritik nur noch lauter erheben. Wenn es bei der  
Post im großen und ganzen nach Kaputt so kommt, so darf es daher,  
dass die Beamtenchaft so brav ihre Schuldigkeit tut. Doch der Staats-  
sekretär kein Verständnis für Handel und Industrie hat, beweist  
allein seine Fernsprechnetzordnung. Der Postlagerverkehr  
dient in der Hauptsache ersten geschäftlichen Zwecken. Die Rechte  
behauptet, sie betreibe die Interessen des Mittelstandes. Aber  
ihre Haltung gegenüber den weiblichen Beamten bedeutet eine  
schwere Schädigung zahlreicher Kleinbürgerlicher Beamtenfamilien.  
Der Staatssekretär ist der Hauptindifferent gegen die Arbeiter-  
ausschüsse. Im Javerner Falle hat der Staatssekretär nicht ein-  
mal den Versuch gemacht, schwere schwerwiegende Beschuldigungen  
gegen ihn unterstellte Beamte zurückzuweisen; im Gegenteil, er  
hat frühere offizielle Erklärungen glatt desavouiert. Die bürger-  
liche Presse, z. B. der Schwab. Merkur, hat die elssässischen Post-  
beamten gar des Landverrats beschuldigt. Trotzdem hat der  
Staatssekretär kein Wort der Abwehr. Eine so merkwürdige  
Haltung ist noch nimmer dagewesen!

### Abg. Audhoff (Zentrum):

Alle Parteien haben versprochen, die Beamtenwünsche erst bei  
der Befolgungsnote zu erörtern. Es ist aber den meisten nicht  
gelingen, dies Versprechen zu halten. Wir leben es ab, auf diese  
Einseitigkeiten jetzt einzugehen, schon um die Aufbesserung der Be-  
amten nicht zu gefährden. Die Mängel, die sich bei den post-

lagernden Sendungen herausgestellt haben, müssen beseitigt wer-  
den und es nützt nichts, und damit zu vertrieben, dass auch bei  
anderen Institutionen Mängel bestehen. Die Krankenkassen  
der unteren Postbeamten befinden sich in sehr mangelhafter finanzieller  
Situation. Man hat es leider abgesehen, ihnen höhere Zuschüsse  
zu gewähren. Gegenüber den Beamtenorganisationen sollte die  
Verwaltung nicht so ängstlich sein. Die Organisationen wollen ja  
nicht gegen die Verwaltung wirken, sondern sie wollen ihre Hilfs-  
truppen sein. Deshalb sollte man sie ausbauen und allmählich zu  
Beamtenausschüssen gelangen.

### Staatssekretär Kratke:

Es ist wiederholt vorgekommen, dass sozialdemokratische Abge-  
ordnete hier schwere Angriffe gegen die Postverwaltung gerichtet  
haben, aber als sich das Unberechtigte der Angriffe herausstellte,  
zu einem Widerruf sich gar nicht oder erst sehr spät veranlaßt  
haben. Das war z. B. 1904 der Fall, als der Abg. Haage be-  
hauptete, dass ein an einen russischen Studenten gerichteter Brief  
auf der Post geöffnet worden sei. Darauf habe ich erwidert, die  
Ermittlungen hätten ergeben, dass kein Anlaß zu dieser Beschuldi-  
gung vorliegt. Weiter hat im Jahre 1908 der Abgeordnete Eingee  
behauptet, dass Briefe an sozialdemokratische Abgeordnete geöffnet  
würden und das verlangt, dass den Beamten eingeschärft werde,  
dass das Verleumdungswort unerschütterlich sei. Ich habe das ab-  
gelehnt, weil das eine Beleidigung für die Beamten wäre.

In dem Fall Sachse hat der Herr Abgeordnete behauptet,  
dass die Postverwaltung sich mit Hilfe der Post die Abrechnung  
der Abrechnungen der Steigerzeitung verschafft habe. Diese Be-  
hauptung wurde in verschiedenen Blättern wiederholt und gegen  
die Stellung wurde Strafaktion gestellt. Nun habe ich gegen den  
Abgeordneten Sachse den Vorwurf erhoben, dass er seine un-  
richtige Behauptung nicht widerrufen habe. Erst Monate später  
hat der Abgeordnete Sachse geantwortet, (Zurufe bei den Sozial-  
demokraten!) Er konnte ja nicht früher! Gegenüber dem Abgeordneten Aus-  
hoff möchte ich bemerken, dass ich die Vertreter der Organisationen  
im Reichspostamt empfinde, der Vorwurf also, dass ich sie nicht  
anhöre, ist ungerechtfertigt. Ich habe doch gebeten, nicht gleich  
jeden Wunsch, der von einem Beamten vorgebracht wird, als  
berechtigt anzusehen. Das ist der einzige Wunsch, den ich an die  
Herrn Abgeordneten gerichtet habe.

### Abg. Dr. Dertel (Natl.):

Auf Javern gehe ich nicht mehr ein. Ich habe nichts zurück-  
zunehmen und nichts hinzuzufügen. Ich habe mich keineswegs  
gegen jede Frauenarbeit an sich gewandt, sondern nur verlangt,  
dass die Frauen ihrer Eigenart entsprechend beschäftigt werden.  
Das scheint mir im Fernsprechnetz nicht der Fall zu sein. Ich  
bin in einem Punkte mit dem Staatssekretär nicht einverstanden.  
(Oh! Oh! links.) Auch ich habe ein Recht auf Unzufriedenheit!  
(Weiter links.) Ich möchte, sein Wohlwollen für die Postagenten  
sollte einen solchen Wärmegrad erreichen, dass es sich in Daten  
umsetzt. Ich habe mich nicht für eine Verleumdung der Telephon-  
behörden in der Weichsel und auch nicht für eine Verleumdung  
der Briefbestellungen dort ausgesprochen. Meine persönlichen  
Empfindungen werden doch für den Staatssekretär nicht ohne  
weiteres maßgebend sein. Die Vereinbarung wegen der Aus-  
schaltung der Befolgungsnote ist nicht ganz eingehalten worden.  
Die hingebende uneigennützigste Liebe zu den Beamten hat manche  
Rebner fortgerissen. Auch wir Konservativen haben ein warmes  
Wort für die Beamten. (Beifall rechts.)

### Abg. Dr. Strauß (Vp.):

Mit den letzten Worten des Vortragers, dass die Konservativen  
ein warmes Wort für die Beamten haben, stimmt schlecht überein,  
dass sie als einzige Partei noch immer den Beamtenausschüssen  
widerstreben. Auch der Staatssekretär sollte endlich seinen Wider-  
spruch dagegen aufgeben. Die Flut der Petitionen, die sonst im-  
mer weiter anschwellt, würde dann nachlassen. Genau wie bei  
den höheren und mittleren Beamten sollte auch bei den unteren  
gleichzeitig mit der Erleichterung auch die unfindbare Anstellung er-  
folgen. Die Leistungen der letzteren sind von Jahr zu Jahr ge-  
stiegen und sie versehen vielfach den Dienst mittlerer Beamten.  
Die gehobenen Stellen dürfen keine Schlupflö-  
cher bleiben, sondern sie müssen hinüberleiten zur Stei-  
gung des Betriebsbeamten. Auch für die Ausbefferer möchte endlich  
besser gesorgt werden.

Bei den Prüfungen für die gehobenen Unterbeamtenstellen  
bestehen außerordentliche Verschiedenheiten, die ausgeglichen wer-  
den müssten. In einigen Bezirken werden die Unterbeamten erst  
zur Prüfung zugelassen, wenn sie 46 oder 47 Jahre alt sind. Das  
Arbeitsalter der gehobenen Unterbeamten sollte vergrößert werden.  
Im Gegensatz zu den Erklärungen des Staatssekretärs ist es in  
mehreren Arten der Unterbeamten von den Vorgesetzten direkt  
verboten worden, Bahlen zur Gemeindever-  
tretung anzunehmen. So war es in Düsseldorf. (Hört!  
Hört!) In anderen Fällen hat man den Beamten durch Urlaub-  
verweigerung die Ausübung des Ehrenamts unmöglich gemacht.

Ich weiß nicht daran, dass hierin nach den letzten Erklärungen  
des Staatssekretärs ein Wandel eintreten wird. Die Entlassung  
der Postitione im Privatdienstverhältnis sollte nicht ohne Zu-  
stimmung der Postdirektion erfolgen dürfen. Der Staatssekretär  
hat in recht unfreundlicher Weise sich gegen die Bezeichnung meines  
Freundes Kiel gewandt, dass die Einnahmen wohl etwas zu niedrig  
eingeschätzt sind. Diese Bezeichnung war aber durchaus berechtigt,  
denn in den Dispositionen der Verwaltung steht direkt, dass  
806,7 Millionen Einnahmen sein müssten. Ebenso unberechtigt  
ist der Vorwurf des Staatssekretärs, dass meine Partei die Neu-  
regelung der Fernsprechnetze zu Fall gebracht  
hätte. Wir haben immer erklärt, dass wir gegen eine Verringerung  
der Gebühren nichts einzuwenden haben. Die Vordränge des  
Staatssekretärs waren aber wegen ihrer Großkotz-Reinlichkeit  
unannehmbar. (Sehr richtig! links.) In der Javern-  
Angelegenheit waren wir wirklich über die Haltung, die  
der Staatssekretär in der Budgetkommission gegenüber unserer  
gemeinsamen Anfrage eingenommen hat, die ihm vorher bekannt  
gegeben worden war. (Hört! Hört! links.) Heute bin ich noch er-  
staunter, dass der Staatssekretär in keiner Weise ein Verständnis  
dafür zeigt, was wir eigentlich mit unserer Anfrage meinen.

In keiner anderen Verwaltung ist bis jetzt so ein Versehen  
den eigenen Beamten gegenüber vorgekommen. (Sehr richtig!  
links.) Der Ober einer Verwaltung verzeiht doch sonst seine  
Beamten durch die und durch, so gut er es nur irgend kann. Die  
Ueberrahme der vollen Verantwortung für seine Untergebenen  
hat auch dem Ober v. Reuter nur die Sympathien in der  
Öffentlichkeit verschafft. In der Kreuzzeitung wurde den Post-  
beamten nahezu der Vorwurf des Hochverrats gemacht. (Hört!  
Hört! links.) Warum ist nicht der Versuch gemacht worden, vor  
den öffentlichen Gerichten festzustellen, ob die Anschuldigungen  
des Hochverrats gegen deutsche Postbeamte berechtigt sind? Wer  
hat die Klarstellung verhindert? Was hat eigentlich ein Post-  
beamter in Javern getan, dass irgendwie mit Strafen einzu-





